



Protokollauszug

| | |
|---------|-------------------------|
| Sitzung | Rat der Stadt Norderney |
| Status: | öffentlich |
| Datum | 26.03.2019 |

TOP 20. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Herr Luttmann fragt, ob bekannt sei, wann der Cube am Hafen verschwinde. BM Ulrichs antwortet, dass er diesbezüglich nachfragen werde.

b) Herr Luttmann erkundigt sich, ob bekannt sei, dass die Reederei Fahrräder vor dem Cube vermiete und ob seitens der Stadt eine Genehmigung vorliegen müsse. BM Ulrichs antwortet, dass er im Bürgeramt nachfragen werde.

c) Herr Luttmann fragt, ob im Fachausschuss besprochen werden könne, wie man auf dem Zuckerpad das Nebeneinander von Fußgängern und Fahrradfahrern besser in den Griff bekommen könne. BM Ulrichs antwortet, dass man den Weg verbreitern, einen Parallelweg anlegen oder entweder den Weg für Fußgänger oder für Fahrräder verbieten könne. Nehme man in dem Gebiet Versiegelungen vor, müsse dies kompensiert werden bzw. es müssten Entsiegelungen stattfinden. Eventuell müssten bei bestimmten Maßnahmen an schmalen Stellen auch Teile der Dünen abgetragen werden. Man sei im Kontakt mit dem Landkreis Aurich. Das Bewusstsein sei bei allen vorhanden, allerdings fehle noch eine zündende Idee.

d) Herr Luttmann meint, es habe ihn befremdet, dass nach dem Antrag von RM Moroni unter TOP 11 während der Abstimmung (Ja-Stimmen seien schon gezählt worden) BM Ulrichs einen Einwand eingeworfen habe. Dies habe zu einem Stimmengewirr geführt, und es sei zunächst nicht weiter abgestimmt worden. (Red. Anmerkung: BM Ulrichs hat nach der Auszählung der Ja-Stimmen gesagt „Ich kann das so schnell nicht nachhalten, was er [RM Moroni] vorgelesen hat. Wir haben vorhin im nichtöffentlichen Teil über eine Vorlage gesprochen.“)

BM Ulrichs entgegnet, dass er den Vorwurf gegen sich nicht gelten lasse. Er habe RM Moroni nicht das Wort abgeschnitten, sondern es sei seine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass ordnungsgemäße und sachgerechte Beschlüsse zustande kämen und nicht alles kreuz und quer durcheinander gehe. Man müsse berücksichtigen, was vorher im Verwaltungsausschuss und in der nichtöffentlichen Ratssitzung besprochen und worüber Einvernehmen erzielt worden sei. Es könne nicht sein, dass in letzter Sekunde alles über den Haufen geworfen werde.

Herr Luttmann weist darauf hin, dass er nicht behauptet habe, der Bürgermeister habe RM Moroni das Wort abgeschnitten. Herr Jentsch meint, dass ausschließlich der Ratsvorsitzende verantwortlich für das Durcheinander sei. Man könne dies nicht dem Bürgermeister anlasten. Ratsvorsitzender Hahnen gibt ihm Recht. Ihm fehle sicherlich noch Routine.

e) Herr Peters stellt fest, dass der Kiefernwald wie ein „Bannwald“ aussehe. Dies sei ein Wald, der sich selbst überlassen werde. Bäume lägen kreuz und quer nach einem Sturm. So lange dies so sei, solle der Wald besser ganz eingezäunt werden. BM Ulrichs antwortet,

dass man dies gegenüber dem Land sehr kritisch angemerkt habe. Er hoffe, dass sich nun etwas ändere.

f) Herr Johannesdotter fragt, wer auf der Insel dafür Sorge, dass Baumaßnahmen ordnungsgemäß durchgeführt würden. Vor seinem Grundstück lägen Baumaterialien auf beiden Bürgersteigen. Er käme an seinen Zaun und seine Hecke nicht heran. Außerdem werde teilweise abweichend von der Baugenehmigung gebaut. BM Ulrichs antwortet, dass manche Baustelle eine hohe Eigendynamik entwickle. Die Kommune könne nicht alles kontrollieren. Allerdings überprüfen die zuständigen Mitarbeiter unverzüglich Missstände, von denen sie erführen. Er bittet Herrn Johannesdotter, der Stadt mitzuteilen, wenn beispielsweise abweichend von der Baugenehmigung gebaut werde.

g) Herr Schäfer fragt die Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Umwelt, wohin der Ausschuss in Sachen Rheinstraße 28 (Neubau eines Mehrfamilienhauses durch die Reederei) wirklich wolle. RM Podein gibt zu bedenken, dass jeder, der auf der Insel arbeite und nicht selbständig sei, entweder ein Mitarbeiter sei oder zum Personal gehöre. RM Aldegarmann antwortet als Vorsitzender des Fachausschusses: Die Reederei habe beantragt, in dem betreffenden Haus 5 Wohnungen für Betriebsangehörige zu bauen. Im Bauplan stehe, dass es sich um 3 Dauerwohnungen und 2 Ferienwohnungen handle. Es sei darum gegangen, die Ferienwohnungen in Dauerwohnungen umzuwandeln. Der Fachausschuss habe 5 Dauerwohnungen genehmigt. Diese Entscheidung sei an den Landkreis weitergeleitet worden. Der Fachausschuss sei überrascht gewesen, dass beim Landkreis eine Änderung erfolgt sei.

BM Ulrichs ergänzt, dass in der Sitzung des Fachausschusses vom 06.06.2018 schon bekannt gewesen sei, dass in 5 Dauerwohnungen möglicherweise bis zu 20 Mitarbeiter wohnen sollten. Der Name "Gosch" sei gefallen, allerdings finde er sich nicht im Bauantrag wieder.

Herr Schäfer stellt fest, dass die Bewohner der Rheinstraße aufgrund der hohen Anzahl von Personen Probleme wegen der Erhaltungssatzung und des Milieuschutzes sähen. Die Konzentration von Personal in Wohngebieten sei fragwürdig. RM Aldegarmann teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Fachausschusses über die Diskrepanz zwischen der Unterbringung von dringend benötigtem Personal einerseits und der Schaffung von Schutzgebieten für Norderneyer andererseits diskutiert worden sei. Im Ausschuss sei man sich einig gewesen, dass man nicht eine Richtung einschlagen dürfe, die nicht gewollt sei.

h) Frau Thiemann spricht an, dass man von RM Moroni in vielen Sitzungen etwas von Bäderarchitektur etc. gehört habe. Sie fragt, ob ihm bewusst sei, dass Norderney kein Museumsdorf sei, sondern dass auch zeitgenössische Architektur ihren Wert und Raum habe. Frau Thiemann verzichtet ausdrücklich auf eine Antwort.

i) Frau Thiemann erkundigt sich, wie hoch die Gesamtverschuldung der Insel sei. Einem Zeitungsartikel habe sie im Herbst entnommen, dass die Gesamtverschuldung mehr als 80 Mio € betrage und dass Norderney in Niedersachsen die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung hätte. BM Ulrichs antwortet, es könne sein, dass nach den Investitionen der letzten Jahre die Verschuldung tatsächlich bei 80 Mio € liege. Allerdings müsse man auch die Historie beachten. Die Wohnungsgesellschaft habe bei ihrer Gründung Ende der 80er Jahre von einem Tag auf den anderen den gesamten Wohnungsbestand der „Neuen Heimat“ übernommen. Damals seien Kredite i. H. v. ca. 30 Mio DM aufgenommen. Außerdem sei die Kommunalisierung zu beachten. Den Schulden stünde Vermögenssubstanz mit einem vielfach höheren Wert gegenüber. Er bietet an, die Schulden konkret zu benennen. Frau Thiemann fragt, wie zukünftige Generationen mit den Schulden umgehen sollten. BM Ulrichs antwortet, dass Tilgung statfinde und dass sich auf der Insel 720 Wohnungen befänden. Dies sei auf keiner anderen Insel der Fall. Man habe die Verschuldung im Blick. Jedes Jahr werde über den Haushalt beschlossen.

j) Frau Thiemann erkundigt sich, wer für die Instandhaltung von Immobilien zuständig sei, die von der Stadt oder den Tochtergesellschaften verpachtet oder vermietet würden. Sie nennt konkret die Marienhöhe. BM Ulrichs weist darauf hin, dass ihm der entsprechende Vertrag nicht vorliege. Früher sei der Pächter für die Instandhaltung in Dach und Fach zuständig gewesen. Er könne sich nicht vorstellen, dass dies heute anders sei. Frau Thiemann vermutet jedoch, dass die Verantwortung beim Verpächter liege. Sie bittet um eine Antwort in einer der nächsten Sitzungen.

k) Frau Kratzel fragt RM Podein, ob der Milieuschutz und die Erhaltungssatzung für die Rheinstraße 28 ausgesetzt worden sei. RM Podein antwortet, dass die Erhaltungssatzung und der Milieuschutz dort gälten. Über das Thema müsse noch einmal grundsätzlich gesprochen werden. Frau Kratzel fragt, wie man nun die Kuh vom Eis bekäme. RM Aldegarmann ergänzt, dass geklärt werden müsse, ob sich der Landkreis über die Meinung der Stadt hinwegsetzen könne.

l) Frau Extra erkundigt sich, ob es für die Stadt die Möglichkeit gebe, die Anzahl der Fahrräder einzuschränken. Auf anderen Inseln seien Fahrräder nicht erwünscht. Verschärft werde die Situation noch durch den Verleih von E-Bikes, die so leise seien, dass man sie nicht bemerke. BM Ulrichs antwortet, dass z. B. auf Juist die Voraussetzungen anders seien als hier, weil es keinen Autoverkehr gebe und die Infrastruktur anders sei. Auf Norderney gelte grundsätzlich die Straßenverkehrsordnung und grundsätzlich dürfe jeder mit dem Rad fahren, wo dies erlaubt sei. Eine Beschränkung für den Fahrradverkehr sei in einzelnen Straßen wegen erhöhtem Gefährdungspotential möglich. Er sehe keine Rechtsgrundlage für die Beschränkung der Anzahl der Fahrräder.

m) Herr Schäfer fragt, ob man angesichts der Konflikte, die durch das Gebäude in der Rheinstraße 28 aufgetaucht seien, hinsichtlich des entsprechenden Bebauungsplans tätig werden wolle. RM Kiefer antwortet, dass es keinen Grund gebe, den Bebauungsplan zu ändern. Die vorhandenen Instrumente müssten richtig angewendet werden. Er verweist auf das von RM Aldegarmann unter g) Gesagte.

n) Frau Neuhaus erkundigt sich nach dem Sachstand beim Haus der Insel. Damit zusammen hänge auch das Kurtheater, wo die Toilettenanlagen dringend saniert werden müssten. BM Ulrichs antwortet, dass man geprüft habe, ob an dem Standort des Hauses der Insel ein neuer Verwaltungsstandort gebaut werden könne und wie man dies gegenfinanzieren könne. In Kürze werde der Rat zusammenkommen, um über die Prüfung zu sprechen. Es wäre unseriös, heute etwas dazu zu sagen.

o) Herr Jentsch meint, dass die Abstimmung über eine Einwohnerbefragung mit Erfolg von RM Moroni verzögert worden sei. Man hätte schon eher zu einem Ergebnis kommen können. BM Ulrichs antwortet, dass man tatsächlich die Möglichkeit eher gehabt hätte. Hätte 1. stellv. BM Padberg den Antrag nicht gestellt, wäre darüber nie wieder gesprochen worden.

p) Frau Extra spricht an, dass im Ratsinformationssystem bei der Begründung zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 60 VE „Gartenstadt“ stehe: „Eine Gemeinschaftsfläche im inneren Bereich des Quartiers wird über die Festsetzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen gesichert.“ Sie fragt, ob dies geändert worden sei. Ansonsten stelle sich die Frage nach Parkplätzen und Ablösebeiträgen wieder. Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass die Passage unproblematisch sei, wenn sie nur in der Begründung zum Bebauungsplan stehe. Über die Begründung sei nicht abgestimmt worden. Er müsse sich aufgrund des Hinweises von Frau Extra den Sachverhalt ansehen.